

CSU kippt die Beiträge zum Straßenausbau in Kommunen

Die Anlieger werden künftig nicht mehr zur Kasse gebeten. Unklar ist noch, wie die finanziellen Ausfälle der Gemeinden ausgeglichen werden.

Bad Staffelstein – Nach langer Diskussion hat die CSU bei ihrer Klausur das Aus der Straßenausbaubeiträge beschlossen – sie konnte sich aber am Ende nicht auf eine vorbereitete Resolution einigen. „Die CSU-Landtagsfraktion wird die Straßenausbaubeiträge abschaffen. Einzelheiten, wie Übergangsregelungen oder die finanzielle Unterstützung der Kommunen, werden

wir in Zusammenarbeit mit den Kommunalen Spitzenverbänden erarbeiten“, lautete am Mittwoch die Formulierung, auf die sich die Abgeordneten in Kloster Banz einigten.

Die Gebühren für Immobilienbesitzer bei Sanierungen und Neubauten von Ortsstraßen ist sehr umstritten. Die Freien Wähler hatten zur Abschaffung bereits ein Volksbegehren angekündigt, die dazu notwendige Unterschriftensammlung startet am 22. Januar.

„Ich glaube, es ist ein gutes Signal, das wir damit setzen“, sagte der designierte Ministerpräsident Markus Söder. Es sei vernünftig, künftig eine bayernweit einheitliche Regelung zu bekommen. Zunächst

müssten die beteiligten Ministerien zusammen mit den Spitzenverbänden „sauber evaluieren, was es kosten wird“. Schätzungen gehen von Kosten im dreistelligen Millionenbereich aus. „Wenn es der politische Wille der bayerischen Staatsregierung und des bayerischen Landtags ist, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen, muss ein vollständiger Ausgleich dieser Finanzierungsquelle der Kommunen geschaffen werden“, sagte Gemeindetagspräsident Uwe Brandl. Das Eine gehe nicht ohne das Andere. „Wer A wie Abschaffen sagt, muss auch B wie Bezahlen sagen.“

In der deutlich länger als geplant dauernden Diskussion hatten sich einige Abgeordnete kritisch zur Abschaffung geäußert.

Am Ende stimmten aber nur drei Parlamentarier gegen die Resolution, die im Vergleich zum Entwurf aber massiv gekürzt wurde – aus dem zweiseitigen Entwurf blieben nur zwei Sätze übrig. Nach übereinstimmenden Teilnehmerangaben zweifelten die Kritiker daran, dass eine Abschaffung tatsächlich Probleme löse und fragten sich wie eine Kompensation durch das Land aussehen müsse.

Fraktionschef Thomas Kreuzer kündigte an, dass die Umsetzung nun nicht auf die lange Bank geschoben werde. Allen Betroffenen empfahl er, die noch offene Übergangsregelung abzuwarten, bevor etwa neue Beitragsrechnungen übersandt oder bezahlt würden.